

## **In der Senatssitzung am 18. August 2020 beschlossene Fassung**

Die Senatorin für Soziales, Jugend, Integration und Sport

13.08.2020

### **Neufassung Vorlage für die Sitzung des Senats am 18.08.2020**

#### **Entschließungsantrag für den Bundesrat zur Klärung der Kostenübernahme für Assistenzkräfte im Krankenhaus sowie in Rehabilitationsmaßnahmen für behinderte Menschen**

##### **A. Problem**

Die Bremische Bürgerschaft (Landtag) hat den Senat während ihrer Sitzung vom 26. bis 27.02.2020 aufgefordert, sich auf Bundesebene dafür einzusetzen, dass eine rechtliche Grundlage für einen Weiterbezug der Assistenzleistungen und damit zur Sicherung der Versorgungskontinuität im Krankenhaus für alle Assistenznehmerinnen und Assistenznehmer geschaffen wird – unabhängig davon, nach welchem Modell die beanspruchten Assistenzleistungen organisiert sind.

##### **B. Lösung**

Die Senatorin für Soziales, Jugend, Integration und Sport initiiert eine Bundesratsinitiative mit dem Ziel, dass Assistenzkräfte im Krankenhaus / in der Rehabilitationsmaßnahme die Assistenz im erforderlichen Umfang leisten können. Wichtig ist die Klärung der Finanzierung, ob es sich um eine SGB V Leistung oder um eine SGB IX bzw. SGB XII Leistung handelt. Parallel ist die Schulung des Pflegepersonals in den Krankenhäusern auszubauen, damit sie den Umgang mit geistig behinderten, demenziell erkrankten, suchtkranken und psychisch erkrankten Menschen besser kennenlernen.

Daher möchte die Freie Hansestadt Bremen den angehängten Entschließungsantrag in die Bundesratssitzung am 09.10.2020 einbringen (s. Anlage). Eine Abfrage unter den Bundesländern auf Fachebene der Sozialressorts hat ergeben, dass die Länder Berlin, Hamburg, Hessen, Nordrhein-Westfalen, Saarland die Ansicht Bremens teilen, dass es sich um eine SGB V-Leistung handelt.

Nach Beschlussfassung durch den Senat soll der Antrag dem Bundesrat zugeleitet werden.

##### **C. Alternativen**

Alternativen werden nicht vorgeschlagen.

##### **D. Finanzielle/personalwirtschaftliche Auswirkungen; Gender-Prüfung**

Keine finanziellen, personalwirtschaftlichen oder genderbezogenen Auswirkungen.

##### **E. Beteiligung/Abstimmung**

Eine Abstimmung mit der Senatorin für Gesundheit, Frauen und Verbraucherschutz sowie mit dem Bevollmächtigten beim Bund ist erfolgt.

##### **F. Öffentlichkeitsarbeit / Veröffentlichung nach dem Informationsfreiheitsgesetz**

Einer Veröffentlichung über das zentrale elektronische Informationsregister steht nichts entgegen.

### **G. Beschluss**

Der Senat beschließt den angehängten Entschließungsantrag der Freien Hansestadt Bremen für eine Klärung der Finanzierung der Assistenzkräfte für behinderte Menschen im Krankenhaus / in der Rehabilitationsmaßnahme und leitet den Antrag dem Bundesrat zu.

## Antrag der Freien Hansestadt Bremen

---

### **Entschließung des Bundesrates für eine Klärung der Kostenübernahme für Assistenzkräfte im Krankenhaus sowie in Rehabilitationsmaßnahmen für behinderte Menschen**

Der Bundesrat fordert die Bundesregierung auf, eine Klärung der Kostenübernahme für Assistenzkräfte im Krankenhaus sowie in Rehabilitationsmaßnahmen für behinderte Menschen herbeizuführen und eine entsprechende Änderung oder Ergänzung des SGB V bzw. des SGB IX vorzunehmen.

#### **Begründung**

Derzeit stellt sich die Situation so dar, dass lediglich Assistenznehmer\*innen, die ihre Assistenz über das Arbeitgebermodell sicherstellen, ihre Assistenzleistung während eines Krankenhausaufenthaltes bzw. einer Rehabilitationsmaßnahme weiter erhalten (§ 63 b Absätze 3 und 4 SGB XII). Dieses hängt damit zusammen, dass die Assistenznehmer\*innen ihren Beschäftigten nicht während eines vorübergehenden Krankenhausaufenthaltes kündigen können – die Bezahlung läuft also weiter. Die Anzahl der Assistenznehmer\*innen mit Arbeitgebermodell ist sehr klein (im Bundesgebiet etwa 500).

Anders stellt es sich bei der weitaus größeren Gruppe der Assistenznehmer\*innen mit trägergesteuerten Assistenzleistungen über einen Leistungsanbieter oder einen Pflegedienst dar. Es wird nur die tatsächlich erbrachte Leistung finanziert. In den Besonderen Wohnformen sowie den ambulanten Wohnangeboten der Behindertenhilfe ist eine generelle Begleitung der Assistenzkräfte während eines Krankenhausaufenthaltes aus der SGB IX-Leistung generell nicht vorgesehen. Bei Bedarf erfolgt die Begleitung punktuell durch Angehörige oder Assistenzkräfte, wobei die Finanzierung in den Einzelfällen unklar ist.

Der Bundesrat vertritt die Auffassung, dass die Finanzierung der Assistenzleistungen während eines Krankenhausaufenthaltes aus SGB V-Leistungen erfolgt – unabhängig davon, wer im Einzelfall die Assistenz leistet (Pflegepersonal aus dem Krankenhaus, Unterstützungsbegleitung aus der Besonderen Wohnform, Angehörige oder andere Formen). Dabei sollte unbeachtet bleiben, ob es sich um pflegerische Assistenzleistungen oder sonstige behinderungsbedingte Assistenzleistungen handelt. Auch eine stundenweise Assistenz sollte ermöglicht und finanziert werden, wenn eine Mitaufnahme ins Krankenhaus nicht erforderlich ist. Dieses könnte auch in Ergänzung des Pflegepersonals im Krankenhaus ausreichend, gleichfalls aber erforderlich sein.

Leistungserbringer in der Behindertenhilfe schließen in Einzelfällen Vereinbarungen mit Krankenhäusern zu Assistenzleistungen ab. In den Fällen werden Assistenzleistungen aus den Wohneinrichtungen organisiert, aber vom Krankenhaus finanziert – und nicht aus der Eingliederungshilfe. Hier sind die Leistungserbringer immer auf das Wohlwollen der Krankenhäuser angewiesen. Es bedarf daher einer gesetzlich eindeutigen Zuordnung der Kosten. Die Leistungserbringer in der Behindertenhilfe kennen – gerade bei kognitiv beeinträchtigten Menschen – die Bedarfe und die Art der Kommunikation mit Ihnen.

Parallel zur Klärung der finanziellen Zuständigkeit ist die Schulung des Pflegepersonals in den Krankenhäusern auszubauen, damit sie den Umgang mit geistig behinderten, demenziell erkrankten, suchtkranken sowie psychisch erkrankten Menschen besser kennenlernen.

Abzugrenzen ist der Assistenzbedarf im Krankenhaus von behinderten Patienten zu pflegebedürftigen Menschen in und außerhalb von Pflegeheimen.

Eine Konkretisierung in den Sozialgesetzbüchern für die Assistenzen im Krankenhaus und in den Rehabilitationsmaßnahmen ist erforderlich, um den besonderen Belangen der behinderten Menschen Rechnung zu tragen.